

Saale-Zeitung.

Siebenundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Pfg. ...

Erscheint wöchentlich zweifach; Sonntag und Montag einmahl, sonst zweimal täglich.

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei 2-wöchentlichem Bezugslande 2,75 M. ...

Für die Redaktion verantwortlich: Hans Paulus in Halle.

[Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc.]

Nr. 454.

Halle a. d. Saale, Mittwoch den 27. September

1893.

Die Deutsche Ausstellung in Berlin.

Es war ein schöner Plan, in Berlin eine allgemeine Weltausstellung zu veranstalten, und es giebt trotz Capriotti und ...

Die Berliner Weltausstellung ist tot, es lebe die deutsche Gewerbeausstellung! Am Jahre 1879 fand in Berlin jene Gewerbeausstellung statt, die der Reichshauptstadt den ...

wie beispielsweise demjenigen des Donaukreiser Generaldirektors Haarmann, war unter Verwerfung der Weltausstellungsidea ...

dem Kaiser Wilhelm von dem Kaiser Franz Josef durch herliche Umarmung und wiederholten Küsschen sich verabschiedet hatte, ...

Informationen.

R. Berlin, 26. Sept. Die „Berl. Polit. Nachr.“ haben kürzlich in einer so auffälligen Weise einer Strafverfolgung ...

Deutsches Reich.

Berlin, 26. Sept. Wie aus Wien gemeldet wird, hielt Kaiser Wilhelm heute im Lainzer Tiergarten eine Jagd ab, ...

Die Frauenfrage in Deutschland.

Von Gustav Dahms.

Die Frauenfrage, deren Bedeutung früher nur von wenigen erleuchteten Geistern verstanden und gewürdigt wurde, ist heute durch die bittere Noth längst zu einer breiten ...

Die Zahl der ledigen Frauen ist bei uns von Jahr zu Jahr in fast beängstigender Weise gewachsen. Ueberwiegt das weibliche Geschlecht heute bereits der Zahl nach das männliche ...

Wes eine Abminderung von der Größe des Elends hat, das sich hinter diesen Zahlen verbirgt, der wird den Ernst der Frauenbewegung begreifen und sich hüten, die einst so beliebten ...

Schärfe über die verküppelte Welt der Emancipation zu wiederholen.

Die Frauenbewegung unserer Zeit ist somit nicht nur eine sehr ernste Angelegenheit, sie ist im vollsten Sinne des Wortes eine Kulturfrage, die nachgerade seinen denkenden Mann ...

Bisher standen den Frauen nur wenige praktische Dienste offen, während die geistigen ausschließlich den Männern vorbehalten waren. Welchen die Frauen aber weis, so muß es unbillig erscheinen, ihnen die geistige Ausbildung zu verweigern ...

bald Ziegler-Sträßburg, welche heute schon als Schriftstellerinnen und Gelehrte, auf industriellen Gebieten oder wo sonst immer Hervorragendes geleistet, haben weit mehr getan, ...

Neben dieser bedauerlichen und aus mancherlei Gründen bedenklichen Erwerbsbeschränkung der unverheirateten bietet auch die Stellung der verheirateten Frau bei uns mit Recht Grund zur Klage. Während in England, in Amerika, in ...

währt die Treupflicht des Angestellten. Dagegen kann es niemandem verneint werden, Erkenntnis und Erfahrungen nach dem Austritt aus seiner Stellung zur Verwertung zu bringen, sei es denn, daß der Druck der Geheimhaltung bereits zur Zeit des Anstellungsvertrages, z. B. durch Anknüpfung von Verbindungen zu einem Konkurrenten, eingeleitet und vorbereitet wurde.

**Der Depechenwechsel zwischen dem Kaiser und Fürst Bismarck.**

In der heutigen Morgenausgabe konnten wir bereits den Wortlaut der vielsprochigen Depechen, welche zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck ausgetauscht sind, mitteilen. Es ist sehr erfreulich, daß die Veröffentlichung endlich erfolgte. Einmal muß dadurch ein ungelühtes meist falsches Urtheil über den Inhalt der Depechen ein Ziel gesetzt, und sodann erfolgen alle, welche ein aufrichtiges, freiges Unterthum vor der persönlichen Annäherung zwischen dem Monarchen und seinem früheren Kanzler haben, — und das ist wohl nahezu das gesammte deutsche Volk — zu ihrer großen Genugthuung, daß die Annäherung von beiden Seiten in einer so überaus herzlichen Weise erfolgt ist, daß man von einer vollen Versöhnung schon jetzt sprechen darf, und daß letztere auch durch andere Vorgänge (eine Begegnung und dergl.) sicher demnächst noch bezeugt und erhöht werden wird. Auch über die Enttarnung Bismarcks, über welche neuerdings ein wahrer Schwarm von Gerüchten umgehungen begann, sind wir nun im Reinen: das Leben war noch sehr Art, und alle Meldungen von einer Augenentzündung und einem Schlaganfall sind nur mehr sinnfällige. Daß die Annäherung zwischen dem Kaiser und Bismarck politische Konsequenzen haben werde, glauben wir nach wie vor nicht. An die Kränkung des Antidoteur genügt Fürst Bismarck nicht im entferntesten, und für Hinterproppenthiel ist sein großer Charakter und seine große Vergessenheit ein unüberwindliches Hinderniß. Es heißt die Achtung, die man seinem großen nationalen Staatsmann schuldig verleiht, wenn man von ihm voraussetzt, daß er sich in unbedenklicher und verwehrt Weise in die Beratung der Krone einzumischen versuchen würde. Dagegen sind politische Situationen nicht denkbar, in welchen es unseren jetzigen Staatsleuten von Verth sein könnte, den Rath des Mitregierenden des Reiches zu hören, und man wird und darf allgemein froh darüber sein, daß einem solchen Appell an den Patriotismus und das Genie des Altreichskanzlers nun keine Hindernisse mehr entgegenstehen.

**Zu den deutsch-russischen Verhandlungen.**

Im Reichsamte des Innern fand am Dienstag vormittag eine Besprechung der an den Verhandlungen über den deutsch-russischen Handelsvertrag beteiligten Ressortchefes und Beamten des Reiches und Preussens statt. Bei den Verhandlungen selbst wird der Staatssekretär des Reichsamtes des Innern, Staatsminister v. Bötticher, den Vorsitz führen. Es ist selbstverständlich, daß alle Verhandlungen des Zolltarifs sowohl wie über die eigentlichen Verhandlungen der Kommissare Geheimhaltung proklamirt werden wird. — Die russischen Delegationen zur Zoll-Konferenz sind am Dienstag mit der Petersburg nach Berlin abgereist. In sehr feierlicher Weise spricht sich gegen eine deutsch-russischen Handelsvertrag in der „Kreuz-Ztg.“ nochmals ein „Lauter“ wirtschaftsphilosophische „Gedanken“ aus. Nachdem zum so und so vielen male behauptet ist, daß ein solcher Handelsvertrag das Ende der Landwirtschaft sein würde, heißt es zum Schluß:

„Alle diese Erörterungen werden in den Anfängen der nächsten Woche nicht ändern. Erst wenn die Landwirthe von Grundbesitzern und Häckern im Bege der Zwangs-Vollstreckung von Zins und Hof vertrieben sind, wenn die Landbesitzung bei den Wahlen in erblicher Opposition gegen die Regierung steht, wenn eine Unmenge monarchischer Kapitalisten, wie es in Jahrzehnten nicht vorkommen werden kann, gerufen ist, wenn durch einen Anschlag ein „Lauter“ wirtschaftsphilosophisches „Gedanken“ aus „Lauter“ zum so und so vielen male behauptet ist, daß ein solcher Handelsvertrag das Ende der Landwirtschaft sein würde, heißt es zum Schluß:

„Alle diese Erörterungen werden in den Anfängen der nächsten Woche nicht ändern. Erst wenn die Landwirthe von Grundbesitzern und Häckern im Bege der Zwangs-Vollstreckung von Zins und Hof vertrieben sind, wenn die Landbesitzung bei den Wahlen in erblicher Opposition gegen die Regierung steht, wenn eine Unmenge monarchischer Kapitalisten, wie es in Jahrzehnten nicht vorkommen werden kann, gerufen ist, wenn durch einen Anschlag ein „Lauter“ wirtschaftsphilosophisches „Gedanken“ aus „Lauter“ zum so und so vielen male behauptet ist, daß ein solcher Handelsvertrag das Ende der Landwirtschaft sein würde, heißt es zum Schluß:

„Alle diese Erörterungen werden in den Anfängen der nächsten Woche nicht ändern. Erst wenn die Landwirthe von Grundbesitzern und Häckern im Bege der Zwangs-Vollstreckung von Zins und Hof vertrieben sind, wenn die Landbesitzung bei den Wahlen in erblicher Opposition gegen die Regierung steht, wenn eine Unmenge monarchischer Kapitalisten, wie es in Jahrzehnten nicht vorkommen werden kann, gerufen ist, wenn durch einen Anschlag ein „Lauter“ wirtschaftsphilosophisches „Gedanken“ aus „Lauter“ zum so und so vielen male behauptet ist, daß ein solcher Handelsvertrag das Ende der Landwirtschaft sein würde, heißt es zum Schluß:

„Alle diese Erörterungen werden in den Anfängen der nächsten Woche nicht ändern. Erst wenn die Landwirthe von Grundbesitzern und Häckern im Bege der Zwangs-Vollstreckung von Zins und Hof vertrieben sind, wenn die Landbesitzung bei den Wahlen in erblicher Opposition gegen die Regierung steht, wenn eine Unmenge monarchischer Kapitalisten, wie es in Jahrzehnten nicht vorkommen werden kann, gerufen ist, wenn durch einen Anschlag ein „Lauter“ wirtschaftsphilosophisches „Gedanken“ aus „Lauter“ zum so und so vielen male behauptet ist, daß ein solcher Handelsvertrag das Ende der Landwirtschaft sein würde, heißt es zum Schluß:

„Alle diese Erörterungen werden in den Anfängen der nächsten Woche nicht ändern. Erst wenn die Landwirthe von Grundbesitzern und Häckern im Bege der Zwangs-Vollstreckung von Zins und Hof vertrieben sind, wenn die Landbesitzung bei den Wahlen in erblicher Opposition gegen die Regierung steht, wenn eine Unmenge monarchischer Kapitalisten, wie es in Jahrzehnten nicht vorkommen werden kann, gerufen ist, wenn durch einen Anschlag ein „Lauter“ wirtschaftsphilosophisches „Gedanken“ aus „Lauter“ zum so und so vielen male behauptet ist, daß ein solcher Handelsvertrag das Ende der Landwirtschaft sein würde, heißt es zum Schluß:

„Alle diese Erörterungen werden in den Anfängen der nächsten Woche nicht ändern. Erst wenn die Landwirthe von Grundbesitzern und Häckern im Bege der Zwangs-Vollstreckung von Zins und Hof vertrieben sind, wenn die Landbesitzung bei den Wahlen in erblicher Opposition gegen die Regierung steht, wenn eine Unmenge monarchischer Kapitalisten, wie es in Jahrzehnten nicht vorkommen werden kann, gerufen ist, wenn durch einen Anschlag ein „Lauter“ wirtschaftsphilosophisches „Gedanken“ aus „Lauter“ zum so und so vielen male behauptet ist, daß ein solcher Handelsvertrag das Ende der Landwirtschaft sein würde, heißt es zum Schluß:

Kreise wohl beachten. Finden sie bei den Verhandlungen mit Ausland kein Glück, so wird eine tote Bitterkeit und Entfremdung weiter greifen, welche bisher die zuverlässigste Stütze der Regierung waren, die Folge sein. Unter diesem Gesichtspunkte gewinnt die Frage des deutsch-russischen Handelsvertrages neben der wirtschaftlichen eine eminent politische Bedeutung. — Wir glauben, daß es um die Regierung und um den Gang der Politik in Preußen viel besser bestellt sein wird, wenn sie sich der „Kreuz-Ztg.“ erst einmal nicht mehr zu „erkennen“ hat.

**Zu den Reichssteuer-Projekten.**

Ueber die Tabakfabriksteuer hören die „Berl. Pol. Nachr.“ noch, daß insbesondere Vorzüge getroffen ist, daß die kleinen Betriebe durch die Steuer weder bedrückt noch in ihrer freien Bewegung infolge lästiger Kontrolle gehemmt werden. Es soll nämlich in der Absicht liegen, die Steuer für die kleinen Tabak- und Cigarrenherstellern zu pauschalieren auf Grund des aus deren Büchern ermittelten jährlichen Fabrikationsquantums.

**Antisemitisches.**

Die „deutsche Reformpartei“ hielt am Sonntag in Warburg einen Parteitag ab, auf dem Dr. Bödel über Parteizweck und Parteiorganisation sprach und die unbedingte Unterordnung unter die Vereinnahmung als Prinzip aufstellte. Bödel erklärte, die Reformpartei wolle eine Verbesserung der Verhältnisse des Mittelstandes und fasse daher die Judenfrage nur im Rahmen der sozialen Frage an, ohne sie als Sondernfrage zu reiten. Ein Zusammengehen mit den Christlich-Sozialen, die nur eine Spielart der Konservativen seien, sei ausgeschlossen, ebenso mit den Deutsch-Sozialen. Eine größere Debatte fand statt über einen Antrag des magdeburger Reformvereins, sich künftig in Wort und Schrift alle Angriffe auf die übrigen Abgeordneten — d. h. Abgeordnete der anderen antisemitischen Richtungen — zu enthalten. Abg. Bismarck urteilte gegen diesen Antrag; das Verhalten der deutsch-sozialen Partei fordere zur Abwehr auf und mache ein ferneres Zusammengehen unmöglich. Man dürfe sich nicht vor den Karren aller Parteien spannen lassen, sondern müsse eine selbständige Partei bilden und dürfe mit den alten Parteien nur auf dem Boden der Gleichberechtigung verhandeln. Weiter wurde auch gegen ein Zusammengehen mit der antisemitischen Vereinigung für Norddeutschland, weil nach dem ihm zugegangenen Informationen dort ein Zusammengehen sowohl der Deutsch-Sozialen wie auch mit Dr. Bödel oder Zimmermann zurückgewiesen worden sei. Waldwirth v. Bodel-Bierman forderte im Anschluß an letztere Mitteilung den Vorstand der Reformpartei an, nicht ohne weiteres Berlin der „Antisemitischen Vereinigung für Norddeutschland“ zu überlassen. v. Wich-Berlin erklärte darauf, die antisemitische Vereinigung stehe im allgemeinen auf dem Boden der Reformpartei, man möge den Dingen in Berlin ihre naturgemäße Entwicklung und der Vereinigung das Arbeitsfeld in Norddeutschland lassen. Werner-Berlin erklärte dazu, die Vereinigung werde ihre Abgeordneten verpflichten, der Reformpartei mindestens als Hospitanten beizutreten. Schließlich wurde der Antrag in der Form der Betonung der Einigkeit der Reformpartei angenommen, ferner ein Antrag Bödel, der ausdrückte, daß die deutsche Reformpartei eine eigene selbständige Partei ist, die in ganz Deutschland ihre Agitation zu entfalten gedenke, sei, ohne Rücksicht auf andere Parteien, möge sie sich nehmen, wie sie wollen.“ Der Parteitag nahm auch Stellung zu den Steuerprojekten, aber nur durch eine sehr allgemein gehaltene Resolution, welche sich zwar gegen eine Verabschaffung des arbeitenden Volkes ausdrückte, aber keineswegs die augenblicklich behandelten Steuerprojekte zurückwies.

**Versehene Mittheilungen.**

\* In seiner am 23. d. in Berlin abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung hat sich der Verein „deutscher Schiffe“ zu einer einstimmigen gegen die von der Reichsregierung beabsichtigte staatliche Neubewachung des Schiffsbaues ausgesprochen. Der Verein war der Ansicht, daß diese Neubewachung den Betrieb und die weitere Entwicklung der Schiffsbauwerke außerordentlich erschweren, nur zum Nachtheil der Schiffsbauwerke ebenso der Häfen und ansländischen und die Interessen seiner in der Konkurrenz mit dem Ausland ernstlich gefährdet würde.

\* Ein Traunkunfts-Gesellschaft soll der „Voll-Ztg.“ zufolge dem Reichstage in der nächsten Session vorgehen. Der letzte Traunkunfts-Gesellschaft hat bekanntlich eine fast ausnahmslose Beurlaubung erlangt.

„schlechtes in den letzten fünfzig Jahren erworben haben. Etwas Besseres muß es unter allen Umständen für die Frau haben, wenn sie in Krankheiten ihres Geschlechtes gezwungen wird, sich einem Manne anzuvertrauen. Die Forderung des weiblichen Arztes für die weibliche Hälfte der Menschheit ist daher aus Gründen der Sittlichkeit und der Gerechtigkeit durchaus berechtigt und zeitgemäß. Letzteres um so mehr, als die Frauen ihre Beschäftigung zu diesem Berufe nicht bloß als Krankenpflegerinnen und Gesundheitswahrerinnen, sondern auch als praktische Ärztinnen, namentlich in Amerika und in England, seit geraumer Zeit überzeugend nachzuweisen haben. Heute gibt es fast in der ganzen Welt weibliche Ärztinnen; in Amerika deren allein 3000, von denen 500 in den Vereinigten Staaten ihren Beruf praktisch ausüben und 70 als Klinikvorleserinnen, 95 als Professorinnen tätig sind; in London praktiziren 70, in Paris 11, in Genf 10 u. s. w. Und trotz dieser großen Zahl von Ärztinnen hat noch kein tüchtiger und fähiger Arzt sich vor der Konkurrenz zu fürchten gehobt.

Daß die Ärztinnen ihrem Beruf zuleide in der Regel unverehelicht bleiben werden, dürfte am Ende in Deutschland noch weniger verfahren als im Auslande; denn unter den fünf Millionen Frauen, die ja doch unter den heutigen unnormalen Verhältnissen bei uns kein Heim oder Haus finden und unweidlich bleiben müssen, wird es sicherlich jederzeit ein paar hundert geben, begabt und auch fröhlich genug, um den ärztlichen Beruf zu studieren und praktisch auszuüben. Der einzige beachtenswerthe Einwand, den man bisher in Deutschland gegen das Frauenstudium noch erheben konnte, war der Mangel an der nötigen Vorbildung. Wie Recht betont Rudolf Sneyd, daß „den Frauen zuleide das Niveau der Universitäten nicht herabgesetzt werden kann.“ Währen muß den Mädchen die Gelegenheit zu derselben gründlichen Vorbildung gegeben werden wie den Jünglingen, und das Allerwichtigste ist daher für die nächste Zeit eine umfassende Aenderung unseres Unterrichtswesens. Daß der Staat diese Aenderung in nächster Zeit ausführen werde, ist leider schwerlich zu erwarten. So muß denn die Gesellschaft die Wege ebnen und in gleicher Weise,

\* In Ostrika ist es, wie briefliche Nachrichten entgegen den ankündigten Meldungen belogen, doch nicht gelungen, den Sultan Reih von Marokko am Altimarsfest zu vernichten; vielmehr ist dieser bei der Entlassung seiner burgartigen Zehnte mit seinen Mannschaften entkommen. Man hofft allerdings, daß Reih nach der Besichtigung seiner Burg weitere Befehlungen des türkischen Kaisers und der Araber erhalten wird. Jedem hat man an der Stelle, wo seine Burg stand, Befestigungen errichtet.

\* Wie verschiedentlich gemeldet wurde, hat eine Kommune auch von dem nach § 30 des Eintrachtsenergesetzes vom 24. Juni 1891 einem Conflicte unterworfen Strafspruchschlag von 25 Brg der verunglückten Steuer eines Kommunalis ist nicht zu erheben wollen. In der Kommission des Reichstages wurde die Frage an die Innenministeriet gestellt, ob ein solcher Fallfall gestattet sei. Es wurde darauf geantwortet, daß der einen Reichsministeriet darstellende Aufsicht von 25 Brg nicht zur Kommunalsteuer bezugslos werden dürfte.

\* Der Aufsicht zur Prüfung der Verhältnisse in den von Hochwassergefährdung besonders bedrohten Stromabschnitten vor dem Wintereinbruch zusammengetreten und hat am Dienstag seine Beratungen beendet. Mitwirkend soll die Verlegung der unteren Oberer erfolgen.

\* Gegen den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Stadtverordneten Zubeil, sowie gegen andere Gewerkschaftsführer haben nach Meldung eines Berichterstatters die Berliner Arbeiter- und Instrumentenarbeiter eine Untersuchungskommission eingesetzt. Es sind gegen die bette Persönlichkeiten Untersuchungen öffentlichen Veranlassung für eine Verurteilung erhoben worden, doch deren weiteres öffentliches Ausbreiten, wenn sich die Angaben durch die Untersuchung als wahr herausstellen sollten, unmöglich gemacht wurde.

\* Der Züricher internationale Sozialkongress schließt, wie man der „Berl. Sig.“ schreibt, mit einem Defizit. Die Hauptausgaben betragen: 1700 Fr. für den Besatz, 1600 Fr. für die Besetzung, 1600 Fr. für den Reiseausgang, 700 Fr. für die Besetzung, 400 Fr. für die Dekorationen, 600 Fr. für die Porto und Lieberungen. Eine Reihe von Arbeitern haben die Rollen festgesetzt, die sie am Unzuge tragen, noch nicht bezahlt. Das Defizit beträgt etwa 1000 Fr., das die drei Schweizerischen Arbeitervereinigungen, Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei zu bezahlen haben. Die Züricher Arbeitervereinigungen werden einen Beitrag von den Kosten leisten. Vor allem ist zu hoffen, daß die reiche sozialdemokratische Partei helfen beibringe. 1000 Fr. sei für die deutsche Partei so viel, wie 10 Frankfr. für die Schweizerischen Arbeiter.

\* Nach einer neuesten Befragung durch der Unterricht an einer, nach von Zanden behauptet in Klaffen von Volkschulen nicht nur eine Arbeit an überlassen werden, sondern der Lehrer zum Militär einberufen worden ist. In solchen Fällen sind die Ferien zu verlängern oder die Schule ist anderweitig zu vertreten.

\* Als Landeshauptmann von Polen ist der bisherige Oberpräsident von Oziembowski von Kaiser bestätigt worden.

\* Dr. Weber, der frühere Landesdirektor der Provinz Westpreußen, hat seine Gehaltsaufgabe nunmehr abgegeben und wird seinen Aufenthalt in Berlin nehmen.

**Die Wahlbewegung.**

Einem Wahlkampf zwischen den Parteien werden wir demnächst schon haben, aber die Regierung wird in denselben durch Abwesenheit glücken. Eines ihrer Organe hat zwar nützlich den Parteien erfüllt zugeredet, es ist ihre Pflicht, den Wähler über ihre politischen Absichten aufzuklären. Aber davon, daß die Regierung selbst sich dieser Pflicht ebenfalls bewußt sei, merkt man nicht das mindeste. Man hört nur, daß die Regierung, was man ihr fahrmal übel nehmen kann, der Wunsch hat, daß es im Abgeordnetenhaus in der Hauptsache beim Alten bleibe. Sie giebt sich immerhin für eine Steuerreformorganisation, „zunächst nicht als Wohlthat, sondern als Plage“ empfunden werden und deshalb wünscht sie, im kritischen Moment die Parteien an ihrer Seite zu haben, die mit ihr das Verbleiben, oder wenn man will, die Schuld an diesen Gesetzen tragen. Wenn da von Parteien, die in „vertrauensvollen Zusammenwirken mit der Staatsregierung“ diese Gesetze geschaffen haben, die Rede ist, so könnte man meinen, die Regierung gebe das Centrum, welches des Wohlgehegens wegen gegen die Gesetze gestimmt hat, vollständig preis. Daran wird man aber irre, wenn man neuerdings Betrachtungen darüber liest, ob die Regierung „in der nächsten Session“ ein Volkskongreß wie das Hebräer mit einem neuen vorletzten beabsichtige. Nun, das Abgeordnetenhaus wird ja fünf Jahre gewährt; was in der nächsten Session nicht geschieht, kann in den vier folgenden geschehen.

wie es in anderen Ländern geschehen ist, aus eigener Kraft und eigenen Mitteln diejenige Unterrichtsgelegenheit für die weibliche Jugend schaffen, die sie zur höchsten Ausbildung und zur Aufnahme in der Förderung der menschlichen Kultur befähigt!

Erreichte Anfänge an einer solchen Umgestaltung des Unterrichtswezens, der notwendigen Vorbereitung für das Frauenstudium, sind auch bei uns schon mehrfach zu verzeichnen: im Jahre 1890 wurden in Berlin, im Wesen für je einen Kulturfortschritt warm interessirten Kaiserin Friederich, die von Fräulein Helene Lange eingerichteten, „Klassen für Frauen“ eröffnet, welche die in höheren Mädchenschulen vorbereiteten Böglinge zur Meistersprüfung an einer Schweizerischen Universität vorbereiten; ähnliche Kulturen wurden sodann von Frau Dr. Baum in Danzig errichtet; am 11. September dieses Jahres ist das vom weimarischen Verein „Frauenbildungsreform“ begründete Mädchen-Gymnasium in Karlsruhe ins Leben getreten. In Venedig endlich wird Mitte Oktober unter Leitung von Fräulein Helene Lange eine Gymnasialklasse für erwachsene Mädchen unter dem Titel „Berliner Gymnasialklasse für Mädchen und Frauen“ eröffnet werden, eine Anstalt, die sich reger Sympathie in Gelehrten- und selbst in den Kreisen der Staatsbeamten erfreut, und die in der Hoffnung begründet wird, ihre Schülerinnen bereitet auf deutsche Universitäten entlassen zu können. Daß diese Anstalten in ähnlicher Weise wie im Auslande zunächst als Privatanstalten errichtet werden, ist am Ende kein Nachtheil, sondern im Hinblick auf die dringende Nothwendigkeit einer Reform unseres ganzen Gymnasialunterrichtes vielleicht ein unbedenkbarer Nutzen.

Sind erst durch die Initiative der Gesellschaft Mädchen-gymnasien in genügender Anzahl und bei uns geschaffen, so wird der Staat keine Unternehmung und Veranlassung nicht haben voranzufahren und die in solchen Instituten vorgehenden Mädchen nicht mehr vom geistigen Weltleben ausschließen dürfen. Können die Frauen diesen Weltleben nicht theilhaftig zu werden, so ist ihnen die Freiheit nicht zu geben; sind sie aber in der Lage, in auszubilden, so wird das noch viel für die gesammte Menschheit ein hoher Gewinn sein!



Der Restbestand der  
**beim Wolkenbruch durch Wasser**  
 am Saune beschädigten

**Abend- und Theater-Mäntel**

wird von Freitag den 29. September ab in meinen Geschäftsräumen

**Marktplatz 2**

Rathskeller-Neubau, Leipziger- und Märkerstrassen-Ecke

**noch billiger als bisher**

zum Verkauf gestellt. Das Lager ist noch sehr gut sortirt, weshalb ich auf diesen aussergewöhnlich günstigen Gelegenheitskauf hiermit höchst aufmerksam mache.

**Einen grossen Posten hochmoderner prima Angora-Räder,**

**Einen grossen Posten hochmoderner prima Seidenplüsch-Jackets mit seidnem Futter,**

welche ich auf meiner Einkaufsreise sehr preiswerth erworben habe, verkaufe ich ebendasselbst

**weit unter Preis.**

**J. Lewin.**

Halle a. S.

Halle a. S.

Unsere Ausstellung für die  
**Herbst- u. Wintersaison**  
 beginnt Mittwoch Abend 7 Uhr und endet  
 Freitag Abend 9 Uhr.

Der Verkauf beginnt  
**Sonnabend den 30. Septbr.**  
 früh 18 Uhr.

**Doebel & Meisel**

Halle a. S.  
 Grosse Ulrichstrasse 49  
 im „Alten Dessauer“.

**Woldemar Thoss,**  
 Bankgeschäft,  
 Halle a. S., Schulgasse 7.

**Gardinen**

**Portièren,  
 Rouleauxstoffe,  
 Möbelstoffe,  
 Teppiche,  
 Fenster-Friese**

empfiehlt

**H. C. Weddy-Pönicke.**

**Hermann Arnhold & Co.**

Bank-Commandit-Gesellschaft Halle a. S. Alte Promenade Nr. 3.

**Privat-Tresors (Safe Deposits).**

In unserem neu errichteten feuer- und einbruchsicheren Panzergewölbe halten wir

**Schrank-Fächer**

(sogenannte Safes)

in verschiedenen Grössen, welche unter eigenem Verschluss der Miether stehen, behufs **Aufbewahrung von Werthpapieren, Dokumenten, Edelsteinen, Schmuckgegenständen u. s. w.** zur Verfügung des Publikums.

Die näheren Bestimmungen über die Vermiethung dieser Schrank-Fächer können an unserer Kasse in Empfang genommen werden.

**Depositengelder** verzinsen wir zu den coulantesten Bedingungen.

Für den Anzeigenthell verantwortlich: B. König in Halle.

Alle Druck und Verlag von Otto Hendel.

Blatt 3 Beilage Nr. 1.

**Möbelfabrik und Magazin**  
**Bernh. Grunwald, Rathhausgasse 6,**  
 empfiehlt sein großes Lager selbstgefertigter Möbel, Spiegel und Polsterwaaren zu billigen Preisen. Durch Erwerbung hoher Ladenmiete und nur eigene Fabrication bietet ich dem geehrten Publikum in meinen bedeutend vergrößerten Arbeits- und Lagerräumen nur **aus selbstgefertigte Möbel**, sowie permanent aufgestellte **combl. Zimmereinrichtungen** unter jeder gewünschten Garantie zu den denkbar billigsten Preisen.  
**Kein Laden, nur Rathhausgasse 6. Bernh. Grunwald, Tischlermeister.**

**Corsets.**

Von unserer grossen Auswahl erlauben besonders vortheilhafte Preislagen zu empfehlen, vorzüglicher Sitz und Dauerhaftigkeit garantirt.

Nr. 1120	1230	1340	1450	1650	1879
1,35	1,50	1,75	2,00	2,50	3,00
1980	2120	2230			
3,50	4,00	4,50			

**Ph. Liebenthal & Co.**  
 Untere Leipziger-Strasse 100.